



Kreistag hat Landrat beauftragt, gegen Gebietsreform vorzugehen

Gemeinsamer Beschlussantrag des Landrates und der Fraktionen CDU, Bauernverband/FDP und Bürgerinitiative Holzland im Kreistag beschlossen

Eisenberg. Der Kreistag des Saale-Holzland-Kreises hat Landrat Andreas Heller beauftragt, im Interesse des Landkreises alle nötigen Schritte gegen die Kreisgebietsreform zu gehen und notfalls auch dagegen zu klagen. Ein entsprechender gemeinsamer Beschlussvorschlag des Landrates sowie der Fraktionen CDU, Bauernverband/FDP und Bürgerinitiative Holzland wurde in der Kreistagssitzung am 21. Juni mit deutlicher Mehrheit (24 Ja-Stimmen, 8 Nein, 4 Enthaltungen) beschlossen.

Der Kreistag beauftragt damit „den Landrat zur Vornahme aller Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Interessen des SHK gegenüber der vom Freistaat Thüringen beabsichtigten Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform zu wahren. Dies gilt insbesondere für die Beauftragung von Gutachten, aber auch die Einleitung eines Klageverfahrens sowohl gegen die die Strukturänderung vorbereitenden Gesetze als auch den Akt der kommunalen Neugliederung selbst.“

Landrat Andreas Heller freut sich, dass der fraktionsübergreifende Beschlussvorschlag eine große Mehrheit gefunden hat: „Dies ist die konsequente Fortschreibung des Beschlusses vom März 2016, als der Kreistag mit großer Mehrheit den Erhalt des Saale-Holzland-Kreises in seiner jetzigen Struktur und Größe mit dem Kreissitz Eisenberg beschlossen hat.“

Laut dem Gesetzentwurf zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen sollen der Saale-Holzland-Kreis, der Saale-Orla-Kreis und der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt zwangsfusioniert werden – mit Saalfeld als Kreisstadt. „Wir wollen keinen solchen Monsterkreis“, bekräftigt der Landrat. „Wir sind ein solider und erfolgreicher Landkreis in der Region Jena. Hier sind wir verwurzelt.“

Weil bisherige Gespräche und Appelle an die Landesregierung ohne Erfolg geblieben sind, sieht der Landrat für den SHK jetzt keine andere Möglichkeit, als gegebenenfalls juristische Schritte zu gehen. Dies gelte auch, nachdem der Thüringer Verfassungsgerichtshof das Vorschaltgesetz zur Gebietsreform für rechtswidrig erklärt hat. In der jüngsten Landräte-Konferenz vorige Woche im Ilmkreis haben alle anwesenden Landräte die derzeit geplante Kreisgebietsreform einstimmig abgelehnt. Inzwischen hat auch der Kreistag des Landkreises Nordhausen beschlossen, notfalls gegen die Kreisgebietsreform zu klagen.